

# FRÄNKISCHE NACHRICHTEN



## AUF ERFOLGSKURS

Handballer Steinhauser aus St. Leon-Rot überrascht mit Hannover ▶ Sport

## TAUBERBISCHOFSHAIM

## URTEIL NACH MESSERATTACKE

Landgericht Ellwangen verurteilt Mann aus Bad Mergentheim – er muss jedoch nicht in Haft ▶ Lokales

DONNERSTAG 5. DEZEMBER 2024 · NR. 283

FNWEB.DE

B 2917 · Preis: 3,00 €



## VW ringt um Sparkurs

Wolfsburg. Auf der Betriebsversammlung in Wolfsburg haben mehr als 20 000 Beschäftigte ihrem Unmut über den Sparkurs bei Volkswagen Luft gemacht. Während Konzernchef Oliver Blume die geplanten Einschnitte verteidigte, forderte Betriebsratschefin Daniela Cavallo den Vorstand auf, von seinen Maximalforderungen abzurücken. Sonst könne es keinen Kompromiss geben. Arbeitsminister Hubertus Heil sagte: „Es muss gemeinsam gelingen, die VW-Standorte in Deutschland zu sichern.“ dpa (BILD: DPA)

▶ Bericht Wirtschaft

## WETTER



Donnerstag  
4/-1°C  
Bedeckt



Freitag  
3/-1°C  
Bedeckt



Samstag  
9/5°C  
Leichter Regen

## Kreistag hebt Müllgebühren ab 2025 an

**Abfallwirtschaft:** Haushalte müssen ab 2025 mehr bezahlen

Main-Tauber-Kreis. Der Jahresabschluss 2023 war bereits Indiz dafür, dass eine Steigerung bei den Abfallgebühren unausweichlich sein dürfte.

Trotz der Überschüsse aus den Jahren 2020 und 2021 bei der Neukalkulation der Gebühren für 2025 und 2026 eine Erhöhung unumgänglich, so Erster Landesbeamter Florian Busch. Dennoch befindet sich der Main-Tauber-Kreis bei den Abfallgebühren für einen Vier-Personen-Haushalt mit einer 60 Liter Restmülltonne und einer 80 Liter Biotonne mit 152,80 Euro im Jahr im unteren Drittel des baden-württembergischen Gebührenspiegels. Zu vor hatte dieses Behälterduo 145 Euro gekostet. Der Preis für die Biotonne bleibt konstant.

Busch: „Die Gebührenstabilität mit den neu kalkulierten Gebühren ist bis einschließlich 2026 gesichert.“

▶ Bericht Lokales

## Immer weniger Fachkräfte in Kitas

**Bildung:** Weil Erzieherinnen fehlen, werden laut einer Studie immer mehr Menschen ohne formale pädagogische Ausbildung eingestellt. Experten sind alarmiert

Gütersloh/Gießen. Wieder nur eine Notbesetzung in der Kita oder sogar eine kurzfristige Komplettschließung wegen Krankheit: Um den Betrieb trotz dünner Personaldecke aufrechtzuerhalten, werden einer bundesweiten Studie zufolge zunehmend Personen ohne formale pädagogische Voraussetzungen in den Kindertagesstätten eingestellt.

Zugleich sinke der Anteil der Fachkräfte, die mindestens über eine Qualifikation als Erzieherin oder als Erzieher verfügen. Zu diesem Ergebnis kommt das „Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann Stiftung.

Einen einschlägigen Hochschul- oder Fachschulabschluss und damit die formale pädagogische Qualifikation haben Erzieherinnen, Sozialpädagogen, Sozialarbeiter, Heilpädagogen oder auch Kindheitspädagogen, schildert Studien-Mitautorin Kathrin Bock-Famulla der Deutschen Presse-Agentur. Kinderpflegerinnen oder Sozialassistentinnen mit lediglich zweijähriger Ausbildung würden nicht dazugezählt.

Je nach Bundesland seien die Regelungen, wer ohne pädagogische formale Voraussetzungen in den Kitas arbeiten darf, sehr unterschiedlich. Beispiele: In Baden-Württemberg dürften auch Hebammen oder Logopädinnen einfach so in die Kita-Arbeit einsteigen. In Niedersachsen können unter bestimmten Bedingungen auch Eltern oder Rentner tätig sein, wie Bock-Famulla berichtet.

In Bremen gebe es den Vorschlag, dass Personen ohne jegliche pädagogische Qualifikation für zwei Stunden pro Tag eingesetzt werden dürfen. In Bayern brauche eine Kita-Leitung keine pädagogische Qualifikation mehr. „Das kann zum Beispiel auch eine Betriebswirtin übernehmen.“

**Warnung vor dauerhaftem Absenken der Fachkraft-Quote**  
In einer Notsituation könne es vertretbar sein, Anforderungen vorübergehend zu senken, sagt Bildungsexpertin Anette Stein von der Stiftung. Ein dauerhaftes Absenken des Fachkräfte-Anteils dürfe es aber nicht geben. Unter den pädagogisch Tätigen pro Kita empfiehlt die Arbeitsgruppe Frühe Bildung von Bund und Ländern perspektivisch eine Fachkraftquote von 85 Prozent pro Kita-Team, heißt es bei der Bertelsmann Stiftung. Der Anteil pro Kita-Team sei aber im Schnitt von

75,8 Prozent (2017) auf 72,5 Prozent gesunken. Aussagestark laut Bock-Famulla ist besonders: 2023 kam nur jedes dritte Kita-Team (32 Prozent) auf eine hohe Quote von mehr als acht Fachkräften unter zehn pädagogisch tätigen Personen. 2017 konnten noch 41 Prozent aller Kita-Teams diesen hohen Anteil (als Kategorie „82,5 Prozent und mehr“ eingestuft) vorweisen.

Der Sozialverband Deutschland hält die Zahlen für alarmierend, besonders mit Blick auf große Aufgaben wie die Integration zugewandelter Kinder, die vielfach nicht umgesetzte Inklusion oder eine Anhebung des sinkenden Bildungsniveaus. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mahnt, es brauche nicht nur mehr Fachkräfte, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen. Eine

„De-Professionalisierung“ sei keine Lösung. Die Bildungsgewerkschaft Komba spricht von einem „Riesenproblem für das System Kita“.

Wissenschaftlerin Bock-Famulla sieht einen großen Belastungsfaktor für das Fachpersonal, wenn nicht einschlägig ausgebildete Mitarbeitende im laufenden Kita-Betrieb „on the job“ angeleitet werden müssten. Die oft überlasteten Fachkräfte könnten das nicht zusätzlich stemmen. In einer zeitgleich vorgestellten Erhebung zusammen mit der Uni Gießen unter gut 21 600 Kita-Beschäftigten hatte fast die Hälfte der Befragten angegeben, sich täglich oder fast täglich überlastet zu fühlen. Viele schätzten die Wahrscheinlichkeit, dass sie das Berufsfeld kurz- bis mittelfristig verlassen werden, als sehr hoch ein. dpa

## Krise in Südkorea

**Regierung:** Minister wollen Konsequenzen ziehen

Seoul. Mehrere Minister im Kabinett von Südkoreas Präsident Yoon Suk Yeol wollen einem Medienbericht zufolge ihre Ämter niederlegen. Nach Meldungen der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap zählen dazu unter anderem Finanzminister Choi Sang Mok, Bildungsminister Lee Ju Ho sowie Justizminister Park Sung Jae. Sie wollen demnach die Verantwortung für das Verhalten von Yoon übernehmen, der zuvor überraschend das Kriegsrecht verhängt und Stunden später nach massivem Widerstand wieder aufgehoben hatte. Die Opposition hat einen Antrag für ein Amtsenthebungsverfahren unterzeichnet. Dieser soll am Freitag oder Samstag zur Abstimmung kommen. dpa

▶ Kommentar und Bericht Politik

## Scholz warnt vor Stillstand

**Bundestag:** Der Kanzler stellt sich den Fragen der Abgeordneten und appelliert an die Opposition

Berlin. Kanzler Olaf Scholz hat im Bundestag vor politischem Stillstand bis zur Neuwahl des Bundestags am 23. Februar gewarnt. In einer Regierungsbefragung forderte der SPD-Politiker die Opposition erneut zur Zustimmung zu mehreren Gesetzesvorhaben seiner rot-grünen Minderheitsregierung auf. „Die Zeit des Wahlkampfes ist nicht die Zeit des Stillstands. Man kann noch etwas tun“, sagte er. „Ich bitte Sie, dabei mitzuwirken.“

Die Regierung hat seit dem Bruch der Ampel-Koalition keine Mehrheit mehr und ist auf Unterstützung der Union oder des einstigen Partners FDP angewiesen. Konkret nannte Scholz vorgesehene Entlastungen bei der sogenannten kalten Progression bei der Einkommenssteuer, eine Erhöhung des Kindergelds und die weitere Finanzierung des Deutschlandtickets im Nahverkehr. Zudem gehe es um eine Verlänge-



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Plenarsaal des Bundestags. BILD: MICHAEL KAPPELLER/DPA

rung der Mietpreisbremse für angespannte Wohnungsmärkte. Es wäre schlecht, wenn sie Ende nächsten Jahres auslaufe. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Industrie brauche es zudem Sicherheit bei den

Energiepreisen, machte der Kanzler deutlich. Er bitte daher, den Vorschlag für eine Entlastung noch in diesem Jahr zu beschließen. dpa

▶ Bericht Politik

## Kultur im BaWü-Check

**Umfrage:** Stellenwert bei der Bevölkerung eher nachrangig

Stuttgart. Die meisten Kulturangebote spielen im Leben der Baden-Württemberger überhaupt keine Rolle. Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, der repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. Demnach befanden rund zwei Drittel (63 Prozent) der Befragten, der Staat sollte bei großen Kultureinrichtungen wie Theatern oder Museen im Vergleich zu anderen Bereichen eher sparen. Nur jeder Vierte wünscht sich, dass das Land mehr Geld für Kulturförderung ausgeben sollte. Bei der Frage, was den eigenen Wohnort besonders lebenswert macht, rangiert die Kultur im unteren Bereich. dir

▶ Bericht Südwest

## Thunberg in Mannheim

**Teilnahme:** Veranstaltung pro-palästinensischer Gruppen

Rhein-Neckar. Sie war lange Zeit die vielleicht bekannteste Schülerin der Welt und hat die Großen der Politik vor sich hergetrieben: Greta Thunberg hat mit ihren Schulstreiks für eine bessere Klima- und Umweltpolitik die Weltpolitik in jüngster Vergangenheit mindestens geprägt, sie wahrscheinlich sogar verändert. Der von ihr initiierten Klimabewegung „Fridays for Future“ mit Schulstreiks haben sich seit 2018 Millionen Jugendliche weltweit angeschlossen und die Schwedin damit zu einer Galiionsfigur des Klimaschutzes gemacht. Mittlerweile ist Thunberg 21 Jahre alt. An diesem Freitag soll Thunberg nun auf den Mannheimer Marktplatz kommen – zu einer pro-palästinensischen Veranstaltung.

▶ Bericht Main-Neckar

Kundenforum Tauberbischofsheim  
Schmiederstraße 19  
97941 Tauberbischofsheim

Kundenservice  
09341 – 83 0

E-Mail  
Abonnement/Zustellung: kundenservice@fnweb.de  
Anzeigenabteilung: mediaservice@fnweb.de  
Redaktion: red.tbb@fnweb.de

FN-Reisen  
09341 – 83 222  
tbb@fn-reisen.com

